

**STADTRAT****„Dann hat es keinen Sinn“**

Von Rainer Schmidt, 23.03.10, 16:41h

**Der Stadtrat hat am Montag erneut über die Verlegung der Gütergleise debattiert. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob die Verlegung realisiert werden kann. Anlass der Debatte war ein erneutes Schreiben des Regierungspräsidenten vom vergangenen Freitag.**



Der Stadtrat hat am Montag erneut über die Verlegung der Gütergleise debattiert. (Archivbild: Krieger)

OPLADEN Wie schon eine Woche zuvor im Finanzausschuss, so gab es auch am Montag im Stadtrat eine kontroverse Debatte über die Frage, ob die Gütergleisverlegung in der Neuen Bahnstadt eine Chance auf Realisierung hat oder nicht. Anlass war ein erneutes Schreiben des Regierungspräsidenten vom vergangenen Freitag.

Darin weist RP Hans Peter Lindlar noch einmal darauf hin, dass es sich bei den für die Gleisverlegung notwendigen städtischen Aufwendungen um eine neue freiwillige Leistung handele, „die für Kommunen im

Nothaushalt nicht zulässig ist und deshalb nur geduldet werden kann, wenn aus dem allgemeinen Kontingent der freiwilligen Leistungen eine vollständige Kompensation erfolgt.“

Die Kölner Aufsichtsbehörde widerspricht auch der Auffassung der Stadt Leverkusen, wonach die Gleisverlegung keine neue Maßnahme, sondern Bestandteil des in Realisierung befindlichen Gesamtkonzepts Neue Bahnstadt sei. „Lindlar sieht das anders: „Eine solche Gesamtbaumaßnahme existiert nicht, und der Sinn der vereinbarten Sollbruchstelle bestand gerade darin, für die Stadt Leverkusen eine Ausstiegsmöglichkeit zu schaffen, sollte sich die Finanzierung des Projekts als nicht realisierbar erweisen.“

**Keine Investition**

Zudem vertritt der Regierungspräsident die Auffassung, die Kosten für die Gleisverlegung seien „rein konsumptiver Natur“ und keine Investition, weil dadurch keine Vermögenswerte für die Stadt geschaffen würden.

Für die SPD-Fraktion war der Fall damit klar. Der RP habe sich von der Gütergleisverlegung verabschiedet, erklärte Fraktionschef Walter Mende und auch CDU-Ratsherr Bernhard Marewski meinte: „Wenn der RP nicht will, dann hat es keinen Sinn“, während sein Fraktionskollege Paul Hebbel auf keinen Fall klein beigegeben wollte: Die Bahnstadt sei das wichtigste städtebauliche Projekt, und dafür müsse man kämpfen. Ein wenig Zuversicht versuchte Oberbürgermeister Reinhard Buchhorn zu vermitteln, der am Tag der Ratssitzung mit dem RP telefoniert hatte. Am Telefon habe sich Lindlar deutlich kompromissbereiter gezeigt als in dem Schreiben.

Die Gütergleisverlegung selbst stand im Rat nicht zur Entscheidung an, allein der Beschluss zur Übernahme der Planungskosten. Dieser wurde am Ende mit der Jamaika-plus-Mehrheit gefasst.

<http://www.leverkusener-anzeiger.ksta.de/jla/artikel.jsp?id=1264186002124>

Copyright 2010 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.